

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Eisblatt und Anzeiger).

Verlagsort  
Klagenfurt  
Gartenstr. 20.  
Verlag Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Kreisverwaltung, des Kreisgerichts und des Kreisamtes beim Kreisgericht Klagenfurt, des Rates der Stadt Klagenfurt, des Finanzamtes Klagenfurt und des Gemeindefiskus Klagenfurt bestelltes Blatt.

Verlagsort  
Klagenfurt  
Gartenstr. 20.  
Verlag Nr. 22.

Nr. 180.

Donnerstag, 4. August 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bank. Für den Fall des Bestehens von Produktionsbeschränkungen, Erhöhungen der Höhe und Realisationspreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Druckpreis für gewöhnliche Anzeigen 10 Pfennig, für besondere Anzeigen 15 Pfennig, für langfristige Anzeigen 20 Pfennig, für Anzeigen in besonderen Rubriken 30 Pfennig, für Anzeigen in besonderen Rubriken 40 Pfennig, für Anzeigen in besonderen Rubriken 50 Pfennig. — Im Falle besonderer Ereignisse oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Druckerei oder der Druckerei — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis nach Vereinbarung. Anzeigenpreis nach Vereinbarung. Anzeigenpreis nach Vereinbarung. Anzeigenpreis nach Vereinbarung.

## Coolidges Verzicht.

Amerika hat nun in diesen Sommerjahren seine große politische Sensation. Am letzten Jahresende seines Amtsantrittes hat Präsident Coolidge den Vizepräsidenten eine kurze, schriftlich niedergeschriebene Erklärung in die Hand gedrückt, nach der er auf seine Kandidatur für die nächsten Jahre völligen Verzicht leistete. Diese Erklärung, die sich in den Stützen der Journalisten über diese Mitteilung, die sich für die nähere Umgebung Coolidges eine Überraschung bedeutete, dürfte auch bei den an unendlichen Möglichkeiten gewöhnten amerikanischen Journalisten recht groß gewesen sein, zumal Coolidge sich geweigert hat, seinen aufeinander sehr widersprechenden Entschlüssen irgendwie zu begründen. Presse und Politik stehen dieser neuen Tatsache ziemlich ratlos gegenüber. Na, es gibt Kreise, die in dem Entschlusse des bisherigen Präsidenten und besonders in der Form, in der er an die Öffentlichkeit gebracht worden ist, nur ein geschicktes Wahlmanöver sehen wollen.

Dass die Aussichten Coolidges die denkbar günstigsten sind, und dass seine Partei gerade durch ihn die größten Chancen für den Wahlkampf hat, wird nirgendwo bestritten. Immerhin hatten sich gewisse, zunächst mehr theoretische Gedanken erhoben, ob durch eine neue Kandidatur nicht die seit George Washington Zeiten geheiligte Tradition durchbrochen werde, doch kein amerikanischer Präsident länger als zwei Amtsperioden am Ruder sein dürfe. Coolidge hat seine erste Amtszeit allerdings nur als Nachfolger Harding und dem damaligen Vizepräsidenten nur kurz verwaltet. Senator Borah hat sich für sich noch zum Stimmführer der durchweg herrschenden Ansicht gemacht, indem er erklärte, daß in Coolidges Kandidatur für 1928 keine Verletzung der „Thrift-Term“-Tradition zu sehen sei. Man hält es für möglich, daß Coolidge durch seine Erklärung noch mehr derartige Meinungsäußerungen hervorzuheben Vorbeugung hervorzuheben will und daß er vielleicht seine Partei an einem starken Gegenstand veranlassen und daß er dadurch seine Stellung von vornherein nach allen Seiten unangreifbar machen will.

Wenn diesen die Grundlage ist, so ist die Meinung, daß die Aussichten Coolidges die denkbar günstigsten sind, und dass seine Partei gerade durch ihn die größten Chancen für den Wahlkampf hat, wird nirgendwo bestritten. Immerhin hatten sich gewisse, zunächst mehr theoretische Gedanken erhoben, ob durch eine neue Kandidatur nicht die seit George Washington Zeiten geheiligte Tradition durchbrochen werde, doch kein amerikanischer Präsident länger als zwei Amtsperioden am Ruder sein dürfe. Coolidge hat seine erste Amtszeit allerdings nur als Nachfolger Harding und dem damaligen Vizepräsidenten nur kurz verwaltet. Senator Borah hat sich für sich noch zum Stimmführer der durchweg herrschenden Ansicht gemacht, indem er erklärte, daß in Coolidges Kandidatur für 1928 keine Verletzung der „Thrift-Term“-Tradition zu sehen sei. Man hält es für möglich, daß Coolidge durch seine Erklärung noch mehr derartige Meinungsäußerungen hervorzuheben Vorbeugung hervorzuheben will und daß er vielleicht seine Partei an einem starken Gegenstand veranlassen und daß er dadurch seine Stellung von vornherein nach allen Seiten unangreifbar machen will.

Sollte Coolidge, was sich ja in allerhöchster Zeit herausstellen dürfte, an seiner Ablehnung der neuen Kandidatur festhalten, so dürfte sich innerhalb seiner Partei ein gewisser Wettlauf der Kandidaten entwickeln. An erster Stelle dürfte, wie schon gesagt, Vizepräsident Dawes, stehen, wenn ihm der Handelsminister Hoover folgen. In gewissem Abstand werden noch genannt Senator Borah, Staatssekretär Mellon, auf besserer Kandidatur die Herzogin Blücher, Gouverneur Bowden, der Sprecher Longworth, Professor Butler und andere. Die Aussicht dieser Kandidaten liegt sich heute noch nicht bestimmen, zumal von der demokratischen Partei noch keine Gegenkandidaten fest in Aussicht genommen sind. Daß die demokratische Partei die neue Sache nach Kräften auszunutzen versuchen wird, ist wohl anzunehmen.

## Wie der Daily Telegraph in die Szene führen will.

von Berlin. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph beschäftigt sich wieder mit den militärischen Kontrollfragen und bemüht sich, die Öffentlichkeit durch die Vermittlung in die Szene zu führen, daß man in Berlin der Ansicht sei, daß die Untersuchungskommission des Völkerbundes für die Kontrolle zuständig wäre. Die Rechtslage in der Kontrollfrage stellt sich vom deutschen Standpunkt aber anders dar. Die Frage ist im Genfer Protokoll vom 12. Dezember 1926 vollkommen geregelt worden und danach muß man zwei Gruppen von militärischen Fragen unterscheiden. Die eine Gruppe umfaßt weit über 90 Prozent der militärischen Fragen in Bezug auf die deutsche Entwaffnung, die in den vereinbarten Fristen restlos durchgeführt worden sind. In diesen Fragen kann von einer Kontrolle nur in der Form der Völkerbunds-Untersuchung gesprochen werden, aber diese Untersuchung kann nur ein Verfahren einleiten, wenn von einem Mitglied des Völkerbundes eine Anfrage wegen einer vermeintlichen Verletzung der Entwaffnungsbestimmungen

## Ferngespräch von Berlin nach Buenos Aires.

### Fernsprechversuch mit Argentinien geglückt.

Berlin. (Telefon.) Die gestern abend um 20.30 Uhr begonnene und bis kurz vor 21 Uhr fortwährende Sprechversuche von Berlin nach Buenos Aires sind schließlich glänzend gelungen. Die drahtlosen telephonischen Sprechversuche, die im Berliner Vorhaus versammelten Vertreter des Reichspostministeriums, der argentinischen Botschaft, des Reichsministeriums der Presse, der Internationalen Handelskammer, der Gesellschaft Telefunken usw. wurden schließlich durch eine Witzzeile nach Abschluss der jeweiligen Sprechversuche als gut gelöst von Buenos Aires bestätigt.

Von 20 Uhr bis 20.30 Uhr wurde Coobermanns Herrscher gegeben, die gleichfalls glänzend geglückt wurde. Den Schluss bildete wiederum Musik und zwar die argentinische Nationalhymne (sowohl wie die deutsche Nationalhymne). Die Antworttelegramme waren recht humorvoll und begannen mit Begrüßungen, die auch in Buenos Aires bei den dort versammelten Vertretern der Trans-Radio-Argentinien, der argentinischen Regierung, der Deutschen Botschaft und der deutschen Kolonie über die gelungenen Versuche geshrieht hat.

Als erster sprach namens des Reichspostministeriums Staatssekretär Dr. Neppesand. Seine Ansprache lautete:

„Meine sehr geehrten Herren! Am heutigen Tage haben sich hier in Berlin und zu gleicher Zeit in der argentinischen Hauptstadt Vertreter der Behörden, der Wirtschaft und der Presse versammelt, um einem der Verträge beizuwohnen, welche die deutsche Firma Telefunken schon seit einiger Zeit regelmäßig ausführt, um zwischen Berlin und Buenos Aires eine drahtlose Sprechverbindung zu schaffen. Die Deutsche Reichspost als Vermittlerin des drahtlosen Fernsprechverkehrs begleitet diese Versuche mit dem größten Interesse; sie ist auf Grund der bisher erzielten günstigen Ergebnisse überzeugt, daß es der drahtlosen Technik in naher Zeit gelingen wird, einen regelmäßigen Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Argentinien einzurichten. In dieser Erwartung ist es mir als dem Leiter des deutschen Telegraphen- und Fernsprechwesens eine besondere Freude, Sie meine verehrten Herren, die Sie auf der lächelnden Hälfte unseres Erdballs meinen Worten anhören, aufs herzlichste begrüßen zu können. Mein Gruß gilt aber nicht nur Ihnen, die meine Worte hören, er gilt auch Ihrem schönen und reichen Lande, in dem unsere deutschen Landsleute stets so gütliche Aufnahme gefunden haben und wo sie sich stets wohl fühlen. Ich bitte Sie, insbesondere Ihrer hohen Regierung und der auch befreundeten argentinischen Post- und Telegraphenverwaltung unsere aufrichtigen Grüße und unsere besten Wünsche

eingegangen ist. Dieses Verfahren ist in Genf genau geregelt worden. Außerdem ist noch ein ganz wichtiger Teil von sogenannten Kontrollfragen übrig geblieben, über die man sich aber völlig einig unter den beiden Parteien ist, die man also nicht mehr als kritisch bezeichnen kann. Diese Punkte sind noch nicht vollkommen erledigt, weil dazu ein längerer Zeitraum erforderlich ist, aber es sind dafür bestimmte Fristen vereinbart worden. Dazu gehören u. a. auch einige wenige Kontrollfragen, deren fester Einbau umfangreichere Arbeiten erfordert. Alle Fristen für die Entwaffnungsbestimmungen sind bisher eingehalten worden. Es kommt also eine Völkerbunds-Untersuchung nicht in Frage, weil keinerlei Verletzung irgend welcher Bestimmungen vorliegt. Von einer Verletzung kann auch da nicht geredet werden, wo man überhaupt erst mit der Durchführung der Bestimmungen befasst ist. Das Eingreifen der Völkerbunds-Kontrolle ist aber, wie gesagt, eine Verletzung voraus. Auch eine militärische Kontrolle kann nicht mehr stattfinden, nachdem die internationalisierte Militär-Kontrollkommission gemäß dem Genfer Vereinbarung abberufen worden ist. Den militärischen Experten der Völkerbunds-Kontrollkommission in Berlin ist eine Kontrollfrage überhaupt nicht beigelegt worden. Hieraus müssen die letzten Paragrafen des Daily Telegraph von neuem zurückgewiesen werden.

## Die neue Sensation der Pariser Presse.

Paris. (Telefon.) Die phantastischen Ankündigungen des Professors Dr. Förster über einen angeblichen Plan einer Reorganisation der deutschen Militärsache, die vor einigen Tagen in der „Revue“ erschienen, geben den französischen Nationalisten willkommenen Anlass, die Entwaffnung Deutschlands erneut zu bezweifeln.

Der „Temps“ gibt die Ausführungen Försters im Wortlaut wieder, um, wie das Blatt schreibt, nicht nur den Geist der deutschen Militärsache grell zu beleuchten, sondern auch den Streit über die deutsche Entwaffnung oder vielmehr Bewaffnung, der sich in letzter Zeit abgeipelt habe.

Der „Martin“ findet die Ausführungen Försters berechtigt und betont, daß man in seinem Lande der Reichswehr getreulich würde, sich in ein Instrument des Sieges zu verwandeln oder eine Diskussion über die unendliche Verfallszeit des deutschen Militarismus anzulassen. Aus den Veröffentlichungen geht hervor, daß die deutschen militärischen Führer nur auf Eroberungen ausgingen.

Im Gegensatz zu diesen Blättern bemerkt die „Bolonia“, daß an heimliche Rüstungen Deutschlands schon deshalb ernstlich nicht zu glauben sei, da die militärischen Ansprüche offen erhoben würden und der Völkerbund sich rechtmäßig nicht widerlegen könne, da Deutschland ein Recht auf eine allgemeine Abrüstung habe.

für eine baldige Eröffnung eines regelmäßigen Fernsprechverkehrs zwischen Berlin und Buenos Aires zu übermitteln.

Als zweiter Redner sprach der argentinische Legationsrat Dr. Eduardo Racedo im Namen des Befandten seine hohe Befriedigung und herzliche Freude aus über die erstaunlichen technischen Fortschritte, die diesen unmittelbaren Verkehr zwischen den beiden befreundeten Ländern ermöglichen.

Sodann sprach der Reichsdruckkommissioner Staatssekretär Brohm.

Die Grüße des Auswärtigen Amtes übermittelte der stellvertretende Reichsdruckkommissioner Dr. von Ballgand mit folgenden Worten: „Das Auswärtige Amt begrüßt den heutigen Versuch als ein bedeutendes Glied in der Kette der Bestrebungen, den Fortschritt der Technik in den Dienst der Verständigung der Völker zu stellen. Es ist besonders erfreut, daß es den Deutschen künftig möglich sein wird, ihre alten Sympathien für die große argentinische Nation über die Meere hinweg mündlichen Ausdruck zu lassen. Herr Reichsdruckkommissioner Dr. Brohm wünscht herzlichste Grüße.“

Es folgten Vertreter des V.D. und der übrigen Nachrichten-Agenturen, Herr O. Grünfeld als Vertreter der Internationalen Handelskammer, Graf Arco, der mit ergreifenden Worten an die vor 30 Jahren unternommenen ersten elektrischen Versuche auf dem Gebiet der Ausdehnung der elektrischen Wellen erinnerte, Erzelens Dr. von dem Russisch-Hohenhausen als Vertreter des Deutsch-Argentinischen Zentralverbandes und zum Schluss vom Reichspostministerium Ministerialrat Arendt, der auch die Einführung der einzelnen Redner und die Verdolmetschung der deutschen Reden übernommen hatte.

Zu Beginn der Veranstaltung hatte Staatssekretär Sautter namens des Reichspostministers die Gäste, insbesondere die argentinischen Herren, aufs herzlichste begrüßt und den Wunsch ausgesprochen, daß das neue Verkehrsmittel der Annäherung der Völker dienen werde. Bei dem sich anschließenden Imbiss wurde die Ablebung eines Beiratsvorsitzenden am Reichspostminister Dr. Schögel beschlossen. Legationsrat Racedo verlas ein Telegramm des argentinischen Marine-Ministers, das die höchste Befriedigung über die glänzend gelungene Veranstaltung ausdrückte und dem Präsidenten des Deutschen Reichs die Grüße des ebenfalls aufs höchste befriedigten Präsidenten der argentinischen Republik zu übermitteln bat. Staatssekretär Dr. Brohm feierte die Verdienste des Reichspostministeriums, der Telefunken-Gesellschaft und des Grafen Arco um technische Ertragsergebnisse, die heute den „Weltfunk“ in unmittelbare Nähe rücken.

## Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Der Inhalt des behandelten Abkommens.

Paris. (Telefon.) Die „Information“ veröffentlicht Ausführungen des Wirtschaftsdirektors im Außenministerium, Cerroux, über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, bei denen Cerroux bekanntlich eine maßgebende Rolle spielt. Darin bezeichnet Cerroux die Verhandlungen als außerordentlich schwierig. Es sei bisher noch nicht gelungen, alle Schwierigkeiten zu überbrücken. Es wäre leichter, zu kritisieren, als über so heikle und verwickelte Gegenstände zu verhandeln, da jedes Zustandnis der einen Seite Gegenforderungen der anderen Seite hervorrufen müsse. Das in Vorbereitung befindliche Abkommen gehe in seiner Bedeutung weit über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen hinaus, da es handelspolitische Probleme der französischen Wirtschaftspolitik berühre. In großen Zügen könne das Abkommen folgendermaßen charakterisiert werden:

1. Die vorläufigen Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich seien nur Teilabkommen gewesen, die nicht alle Industriezweige betrafen hätten, während das neue Abkommen sich auf alle Zweige der industriellen Produktion beider Länder erstrecke.

2. Deutschland und Frankreich hätten sich in dem neuen Abkommen gegenseitig die de facto-Klausel der meistbegünstigten Nation zugesprochen demüht.

3. Das neue Abkommen umfasse alle diejenigen Bestimmungen, die gewöhnlich den Inhalt von künftigen Handelsverträgen ausmachen. Auf diese Weise könnte das gegenwärtig behandelte Abkommen, falls die Umgestaltung der Zolltariffrage allen Bedürfnissen gerecht werden sollte, zu einem endgültigen Handelsvertrag umgestellt werden. Zusammenfassend erklärte Cerroux, daß das neue deutsch-französische Wirtschaftsabkommen, das in weitestem Maße von den Ideen der Genfer Wirtschaftskonferenz beeinflusst worden sei, ihm die erste Verwirklichung der allgemein erhofften Bollentpannung zu bedeuten scheine.

## Parlamentsferien in Rumänien.

Bukarest. (Funkpruch.) Die außerordentliche Tagung des Parlaments ist geschlossen worden. Die Abgeordneten haben sich bis zum 14. Oktober vertagt.

## Dr. Stresemann in Byrmont.

Byrmont. (Telefon.) Im Badhotel wohnt seit gestern Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Bis vorläufig wird der Besuch längere Zeit dauern.